



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die österreichische Schuldebatte.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die österreichische Schuldebatte.



iederum ist im österreichischen Abgeordnetenhaus eine große Schlacht geschlagen worden. Sie glich aber weniger einer offenen Feldschlacht als dem Kampfe unter den Mauern einer Festung. Jeden Morgen erneuerte die Opposition ihren Angriff, täglich fuhr sie größeres Geschütz auf, die Regierungspartei aber begnügte sich im Vertrauen auf die Festigkeit von Mauer und Wall in der Regel mit wenigen Antwortschüssen und seltenen, unbedeutenden Ausfällen. Zum Sturm ist es nicht gekommen. Allerdings gab es Tage, an welchen der „eiserne Ring,“ welcher die Rechte umspannt, nicht mehr ganz zuverlässig erschien. Ein Fraktionchen, aus dalmatinischen Abgeordneten bestehend, machte Wiene, sich zu absentiren und mußte durch schleunige Erfüllung eines „nationalen“ Begehrens neu gewonnen werden, und die Jungtschechen konnten nur durch Entwicklung der äußersten Energie seitens ihrer „alten“ Stammesgenossen zur Notmäßigkeit zurückgeführt werden; aber trotzdem hing mehr als einmal die Entscheidung von wenigen Stimmen ab. Doch was half der Linken der Hohn: „Sechs Stimmen und fünf Minister“? Eine Stimme und fünf Minister hätten ja auch genügt, um das merkwürdige Resultat herbeizuführen, daß zwei feindliche Parteien sich den Sieg zuschreiben können, die Merikalen die Eroberung einer ersten Position, die Verfassungspartei den sogenannten moralischen Erfolg, und daß eine Niederlage erlitten haben der Parlamentarismus und die Schule.

Um eine Novelle zum Schulgesetze handelte es sich. Von ihr nachher. Daß der Parlamentarismus wieder einmal ernstlich zu Schaden gekommen ist, darüber täuschen sich auch seine fanatischsten Anhänger nicht, und wieder haben beide Seiten des Hauses einmütig dahin zusammengewirkt, vornehmlich durch

das Maskiren der eigentlichen Ziele. Streiten doch beide unter dem Zeichen der „Freiheit“ und werfen sich gegenseitig Unterdrückung vor — bei Lichte befehen beide mit Recht! Eine gewisse Offenheit darf nur den entschiedensten Vertretern des Klerikalismus nachgerühmt werden, welche aussprachen, das jetzt Gebotene genüge ihnen noch keineswegs, sie nähmen es inzwischen als Abschlagszahlung hin; und einem ebenso entschiednen Vertreter des Bourgeoisliberalismus, welcher pathetisch verkündigte, die Wünsche der „unmündigen“ Landbevölkerung verdienten ebensowenig Berücksichtigung wie die der „Herren Schulbuben.“ Daß solche Offenherzigkeiten von den Gegnern dankend quittirt und eifrig ausgebeutet werden, versteht sich von selbst. Im übrigen erhielt man nur zu oft und zu deutlich den Eindruck, daß die Sorge um die liebe Schuljugend vorgeeschützt werde, um ganz andre Geschäfte zu machen. Nationale Herrschsucht, Feindseligkeit gegen alles Deutsche auf der einen, religiöser Indifferentismus, Feindseligkeit gegen alles Christliche, Popularitätshaschen auf der andern, Parteileidenschaft auf beiden Seiten suchten die Gelegenheit auszunützen, und nur hin und wieder vernahm man noch die Stimme eines Aufrichtigen, dem es unverkennbar um die Sache selbst zu thun war. In der Bevölkerung, welche mit großer Erregung die Debatten verfolgte, ist diese letztere Spezies allerdings viel häufiger vertreten.

Das Volksschulgesetz ist eine Frucht des niederschmetternden Eindruckes, welchen der Krieg von 1866 hervorgebracht hatte. Der „preußische Schulmeister“ hatte ja bei Königgrätz gesiegt, aber mit ihm konnte der durch Beust ans Ruder gebrachte doktrinäre Liberalismus sich noch nicht begnügen, er war weitaus nicht freisinnig genug. Und in der Freude darüber, daß in die Konfordsatspolitik ein großes Loch gerissen wurde, übersahen damals die meisten Österreicher das Sinnlose des Unternehmens, für das ganze Reich, für wohlhabende und arme, hochkultivirte und zurückgebliebene Länder, für Ebene und Gebirge, für sämtliche Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse eine Volksschule vom grünen Tisch aus zu dekretiren. Die Kritik des Gesetzes durch die wirklichen Verhältnisse blieb nicht aus. Hier stieß die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen auf unüberwindliche Hindernisse, dort erlahmte wenigstens bald der beste Wille der Leute, an einem dritten Ort erkannte die Gemeinde zu spät, welche Lasten sie sich durch kostspielige Bauten aufgebürdet hatte, am vierten nahm das religiöse Bewußtsein Anstoß an der Trennung der Schule von der Kirche u. s. w. Und alle dergleichen Momente wurden von den streitbaren Kaplänen unsichtig benutzt. Seit vielen Jahren war es jedem unbefangnen Beobachter klar, daß mit der allgemeinen Einführung achtjähriger Schulpflicht ein ungeheurer Fehler begangen worden war, und oft genug wurden die liberalen Gesetzgeber daran erinnert, daß sie den Anstoß lieber heute als morgen aus dem Wege räumen sollten. Doch wie hätten sie auf derartige Mahnungen achten können! Da geht alles nach der Schablone. Weil vor dem vierzehnten Jahre kein Knabe in die Fabriks-

oder Werkstattarbeit genommen werden darf, darf auch keiner das Vieh seines Vaters hüten, mag dieser den Buben noch so nötig brauchen. Wie das Stadtkind seine acht Klassen durchlaufen muß, müssen im Gebirge die Kinder acht Jahre lang in der vielleicht von einem einzigen Lehrer geleiteten Schule sitzen; und wer sich gar zu der Behauptung verstieg, daß es nicht notwendig, ja nicht einmal zu wünschen sei, überall und für alle das gleiche Lehrziel aufzustellen, der war natürlich ein Dunkelmann, ein Reaktionär.

Als dann die Erkenntnis aufdämmerte, daß diese Haltung mindestens unpolitisch sei und man sich verschämt zu kleinen Zugeständnissen entschloß, war es bereits zu spät. Die Klerikalen ließen sich so wohlfeilen Kaufes nicht mehr abfinden. Sie gehören jetzt der Majorität an und können jeden Augenblick diese Majorität zur Minorität machen. So haben sie die Annahme der neuen Novelle erzwungen.

Zum Teil sind die neuen Bestimmungen wirklich so harmloser Natur, wie die Verteidiger behaupten, zum Teil sind die Forderungen in den Verhältnissen begründet, an verschiedenen Stellen aber guckt der Pferdefuß hervor, und die Hauptsache ist: mit dieser Novelle soll nur ein Anfang der Revision gemacht werden. Das Eifern der Redner der Linken gegen den Ausdruck „religiös-sittliche“ Erziehung anstatt „sittlich-religiöse“ wäre lächerlich, wenn sich dadurch nicht die wahre Tendenz eines großen Teils der Opposition enthüllte. „Wir wissen, daß auf Ihrer Seite der Orient ist!“ rief Lienbacher, der Berichterstatter der Majorität, beißend der bezeichnend genug von den Herren Süß und Beer angeführten Partei zu. Über die Entfernung der „Haushaltskunde,“ die Beschränkung des Unterrichts in der Physik u., die Umwandlung des Turnens für Mädchen aus einem obligaten in einen nichtobligaten Gegenstand soviel Aufhebens zu machen, ist gewiß ebenso ungerechtfertigt. Die Herren von der Opposition scheinen garnicht zu wissen, wie diese Zweige in zahllosen Schulen behandelt worden sind, der Natur der Verhältnisse nach behandelt werden mußten.

Die Billigkeit des Verlangens, daß die Schulpflicht von acht auf sechs Jahre herabgesetzt werden könne, ist bereits hervorgehoben worden. Hätte die Verfassungspartei, so lange sie die Macht hatte, diesem Verlangen entsprochen, so wäre sie in der Lage gewesen, die Bestimmung mit den nötigen Klauseln zu umgeben. Jetzt ist der Gemeinde das Entscheidungsrecht eingeräumt worden, und dadurch bekommt die Sache freilich ein ganz anderes Gesicht. Man muß den Bildungsgrad der ländlichen Bevölkerung so vieler Gegenden und die Macht der Pfarrer und Kaplanen in Betracht ziehen, um die Gefährlichkeit einer solchen Konzession einzusehen.

Ebenso zweischneidig ist der Paragraph, daß zum Amte eines Schulleiters künftig die Befähigung gehören soll, den Religionsunterricht in derjenigen Konfession zu erteilen, welcher die Mehrheit der Schüler angehört. Gegen das Bestreben, wieder konfessionelle Schulen einzuführen, ist ernstlich nichts einzuwenden;

mit Recht ist den Gegnern vorgehalten worden, daß Protestanten und Israeliten eigne Schulen haben, und die Katholiken dasselbe beanspruchen dürfen. Hinter den Redensarten, daß damit der Religionshader genährt werde, verbirgt sich nur der Indifferentismus, die Irreligiosität, die „Konfessionslosigkeit.“ Aber die Form, in welcher man jenes Ziel zu erreichen sucht, unterliegt allerlei Bedenken. Zuvörderst ist darin ein Widerspruch mit dem Verfassungsparagraphen gefunden worden, welcher lautet: „Die öffentlichen Ämter sind für alle Staatsbürger gleich zugänglich“; und demzufolge wurde für den Paragraphen 48 der Schulnovelle, als eine Abänderung der Verfassung, eine Zweidrittelmehrheit verlangt. Da diese nicht erreicht worden ist, wird die Entscheidung möglicherweise vor einem andern Forum erfolgen. Nur akademische Bedeutung hat die ebenfalls aufgeworfene und ungelöst gebliebene Frage, was dann zu geschehen habe, falls das Bekenntnis, welchem zur Zeit der Anstellung des Schulleiters die Mehrzahl der Schüler angehört habe, später in die Minderheit gerate. Überhaupt ist auch bei diesem Paragraphen viel mit verdeckten Karten gespielt worden. Für die Rechte der Protestanten wurde gestritten, während die Juden und Konfessionslosen gemeint waren; und die Redner der Rechten sprachen ohne Zweifel die Wahrheit, welche erklärten, eben jene Kategorien wollten ihre Kommittenten nicht an der Spitze von Schulen einer katholischen Bevölkerung sehen. Aber die Erteilung der Qualifikation zum Unterricht in der katholischen Religion hängt vom Klerus ab, und so bedeutet diese Bestimmung in der That einen Schritt mehr zur alten Unterordnung der Schule unter die Kirche. Und daher kann es der Opposition nicht verargt werden, wenn sie hinter der Streichung des Wortes „österreichisch“ vor Staatsbürgerschaft als Bedingung für das Lehramt die Absicht wittert, ausländischen Kongregationen wieder eine Thür zu öffnen.

Und dieser Beigeschmack der Novelle ist es, welcher die öffentliche Meinung in Aufregung versetzt. Mögen Regierungsorgane und Parlamentsredner sich noch so erstaunt oder entrüstet über das Mißtrauen zeigen, es hat seinen guten Grund. Zu schwer empfindet jeder nichtultramontane Österreicher, was seinem Vaterlande durch den Ultramontanismus angethan worden ist, und ein sehr großer Teil der Geistlichkeit teilt diese Empfindung, soviel auch in den letzten dreißig Jahren geschehen ist, die Anhänger der alten humanen, friedlichen Richtung durch Kämpfen der *Ecclesia militans* zu ersetzen. Die Greuel der Gegenreformation, der Riß zwischen Norden und Süden Deutschlands, die Entfremdung Österreichs vom „Reich,“ das Zurückbleiben in geistiger und materieller Kultur, die Konkordatswirtschaft mit allen ihren Folgen, alles was in einer berühmten Proklamation von höchster Stelle als Übelstände bezeichnet wurde, wird vor unsern Augen lebendig bei dem leisesten Anzeichen, daß dem Klerus wieder die Volkserziehung überantwortet werden solle. Und wenn es auch Übertreibung genannt werden muß, daß der hierzulande so sehr verbreitete Indifferentismus,

das Prahlen mit dem Unglauben einzig und allein der Priesterherrschaft anzurechnen sei, so hat sie doch unleugbar sehr viel dazu beigetragen, daß ihrem willenslosen Anhang gegenüber die große Masse steht, welche sich äußerlich zur katholischen Kirche hält, in Wahrheit aber dieser wie jeder Kirche und jedem Bekenntnis feindlich gesinnt ist.

Diesem allgemeinen Grauen vor der Wiederkehr der alten Zustände ist es auch zuzuschreiben, daß die Deklamationen des Professor Süß, eines Meisters jener Redekunst, welche der Wiener „geschwollen,“ d. i. Bombast, nennt, mit so großem Jubel begrüßt werden: er hat in tönende Phrasen gekleidet, was und so weit das liberale Philisterium denkt. Man protestirt und fügt sich, denn um den möglichen Widerstand zu leisten, bedürfte es vor allem eines positiven Inhalts, klarer Überzeugung und festen Willens. Wer mit voller Emphase der Regierungspartei zudonnert, sie verderbe das Land, sie trage die Verantwortung für alles kommende Unheil, der ist der Held des Tages. Der Abgeordnete Dumba mußte sich eine förmliche Zurechtweisung gefallen lassen, weil er ehrlich den Versuch machte, der Herabsetzung der Schulzeit eine weniger gefährliche Fassung zu geben. Keine Transaktion! Die Linke soll sich begnügen, ihre Hände zu waschen. Auch Plener, einer von den wenigen, welche einer staatsmännischen Auffassung großer Fragen fähig sind, wird mehr und mehr verbissener Parteimann und hält es für notwendig, seine Einsicht der Fraktionsparole unterzuordnen.

Auf der Rechten macht man kein Hehl daraus, daß die Gesetznovelle nur votirt wird, um die klerikalen Tiroler und Salzburger bei der Partei zu erhalten, und Plener traf den richtigen Punkt, als er ausführte, weshalb es den Polen, Tschechen, Slovenen u. s. w. von solcher Wichtigkeit sei, sich auf ihre deutschen Bundesgenossen berufen zu können: ihnen bangt vor dem Tage, der auf der einen Seite nur deutsche, auf der andern nur slavische Vertreter zeigen könnte. Aber anstatt den Slaven vorzuhalten, was sie sehr genau wissen, hätte der Redner lieber seinen Parteifreunden empfehlen sollen, unter diesem Gesichtspunkte bei dem Feinde in die Schule zu gehen, denn deren Schuld ist es, daß eine größere Zahl von Deutschen Schulter an Schulter mit den Deutschenhassern kämpfen.

Sich selbst getreu blieben wieder die Polen. Sie waren behilflich, den deutschen Kronländern die Novelle aufzunötigen, hatten sich aber ausbedungen, daß die Bestimmung, welche in Ostgalizien hätte den Ruthenen zu Gute kommen können, für ganz Galizien keine Geltung erhalte. Die ruthenischen und die griechischen Schüler müssen natürlich polnische und katholische Lehrer haben, alles im Namen der Freiheit, deren treueste Hüter bekanntlich die Polen sind. Ein Herr Czernawski, einst Schulinspektor unter dem Minister Thum, als dieser noch Zentralist und energischer Germanisator war, hatte die Stirn, zu erklären, die Polen übten jetzt Vergeltung für die ihnen damals aufgedrungene Germa-

nifizierung. Er kann sich freilich darauf berufen, daß sein und seiner Amtsgenossen Wirken wenig gefruchtet hat — ob aus Mangel an Befähigung oder gutem Willen, das wird er selbst am besten wissen.



Ein Beispiel ultramontaner Propaganda.



ie standesherrliche, früher landesherrliche Familie der Fürsten und Grafen zu Isenburg gehörte, ebenso wie die ihr untergebene Landschaft, seit der Reformation dem evangelischen Bekenntnisse an. Um die Mitte unsers Jahrhunderts war in der teils in Kurhessen, teils in Hessen-Darmstadt gelegenen Herrschaft Isenburg-Birstein der Fürst Wolfgang Ernst regierender Standesherr. Er war ein wohlmeinender, aber schwacher alter Herr und lebte in kinderloser Ehe. Sein Bruder, Prinz Viktor Alexander, hatte sich im Jahre 1836 mit der Prinzessin Maria Crenscentia Octavia aus dem katholischen Hause der Fürsten Löwenstein-Wertheim-Rosenberg vermählt. In den Ehepacten war festgesetzt, daß die aus der Ehe entsprossenden Söhne in dem evangelischen Bekenntnis des Vaters, die Töchter in dem katholischen Bekenntnis der Mutter erzogen werden sollen. Zugleich war bestimmt, daß im Falle des Todes des Vaters dessen hochfürstlicher Bruder die Obervormundschaft, sowohl hinsichtlich der Erziehung und der persönlichen Verhältnisse als des Vermögens der Kinder, erhalten, die nächste Sorge für deren Erziehung und Pflege aber der fürstlichen Frau Mutter zustehen solle. Viktor Alexander starb im Jahre 1843 mit Hinterlassung zweier Töchter und eines am 29. Juli 1838 gebornen Sohnes, des Prinzen Karl. Den Ehepacten entsprechend wurde von dem kurhessischen obervormundschaftlichen Gericht der Fürst Wolfgang Ernst und die Mutter Prinzessin Maria als Vormünder über die Kinder bestätigt und verpflichtet. Letztere leistete den ihr obliegenden Vormundseid dahin, daß sie sich der ihr nach der Eheveredung obliegenden Sorge für die Erziehung und Pflege der Kuranden treulich unterziehen wolle.

Anfangs lebte die Mutter mit ihren Kindern zu Birstein unter Aufsicht des Fürsten. Im Jahre 1852 aber zog dieselbe, um ihre Kinder besser erziehen zu können, nach der hessen-darmstädtischen Stadt Offenbach, wo die Familie gleichfalls ein Schloß besitzt.

Im Sommer 1853 machte die Prinzessin dem Fürsten die unerwartete Anzeige, daß ihr Sohn Karl (der noch nicht konfirmirt war) zur katholischen Religion überzugehen beabsichtige, weshalb sie fortan seinen Unterricht katholisch einrichten werde, auch mit ihm nach Freiburg in Baden überzusiedeln gedente.